

VORWORT

„Die Versöhnung mit Israel herbeizuführen, mit Israel und dem gesamten Judentum der Welt. Das war mein vornehmstes Anliegen aus dem Gefühl einer tiefen inneren Verpflichtung heraus, auch aus dem Gefühl heraus, dass die Menschheit gerade doch dem Judentum so viel verdankt auf allen Gebieten des menschlichen Geistes und auf dem Gebiete der Religion.“ Dieses Ziel war zentral für die Politik Konrad Adenauers. Schon 1949 hatte er betont: *„Im Geiste der Toleranz sehen wir in unseren jüdischen Landsleuten vollberechtigte Mitbürger. Wir wünschen, dass sie mit gleichen Rechten und Pflichten am geistigen, politischen und sozialen Aufbau unseres Landes teilhaben. Wir können und wollen ihrer Mitarbeit nicht entbehren.“*

Versöhnung und Verständigung auf der Grundlage eines Austausches über das gemeinsame geistige und geistliche Erbe ist unserer Stiftung, die mit Stolz den Namen Konrad Adenauers trägt, eine bleibende Verpflichtung. National wie international gehört der Dialog mit der jüdischen Welt zu den Kernaufgaben der Konrad-Adenauer-Stiftung. Seit Beginn unserer Arbeit begleiten wir das jüdisch-christliche Gespräch und wollen dazu beitragen, Missverständnisse und Irritationen zu beseitigen.

Der Gesprächsbedarf hat nicht nachgelassen. Die theologische Diskussion um Judenmission und um die Neuformulierung der Karfreitagsbitte im außerordentlichen Ritus der katholischen Kirche sowie die Aufhebung der Exkommunikation von vier Bischöfen der Pius-Bruderschaft sind Beispiele. In dieser Situation einer teils hitzigen Debatte ist es gut, dass es auch positive Signale gibt und Impulse, die Weichen stellen für eine sachliche, auf wissenschaftlicher Grundlage basierenden Auseinandersetzung. Nach mehrjährigen Diskussionen hat der Internationale Rat der Christen und Juden (ICCJ) zwölf

Thesen zur Neubewertung des christlich-jüdischen Dialogs erstellt. Mit ihnen will er dem jüdisch-christlichen Gespräch eine neue Basis geben. Dieser Aufruf zur Neuverpflichtung wird nun in Berlin, der Stadt, in der zur Zeit des Nationalsozialismus der Holocaust des europäischen Judentums vorbereitet wurde, veröffentlicht.

Der Grundstein für den theologischen Dialog war nach ersten Begegnungen in den zwanziger Jahren im schweizerischen Seelisberg gelegt worden. Dort trafen sich 1947 Mitglieder christlicher und jüdischer Organisationen und formulierten in einer „Dringlichkeitskonferenz gegen Antisemitismus“ zehn Thesen zur Neuorientierung in der christlichen Lehre und Verkündigung. Die damaligen theologischen Forderungen an Christen, die jüdische Identität Jesu anzuerkennen und antijüdische Interpretationen der Passionsberichte zurückzuweisen, sind inzwischen beinahe Selbstverständlichkeiten geworden. Seinerzeit bildeten sie den programmatischen Ausgangspunkt des christlich-jüdischen Dialogs.

Die neue Veröffentlichung sechzig Jahre später spiegelt den weiten Weg, der in den wechselvollen Beziehungen zwischen Christen und Juden seit dem zurückgelegt worden ist. Der Blick zurück zeigt, welche Klippen zu umschiffen waren, wie wichtig es ist, sich gegenseitig zuzuhören und aufmerksam zu sein für die Verletzungen des anderen. Im Dialog wurden neue Fragen gestellt, die veränderte Perspektiven für die theologische Forschung eröffneten und neue Untersuchungsgebiete erschlossen, in denen Gemeinsamkeiten, aber auch Ursachen für Gegensätze aufgedeckt werden und in ihrer jeweiligen Zeitgebundenheit analysiert werden können. Wesentlich neben der grundsätzlichen Frage des religiösen Pluralismus sind vor allem die Bundestheologie und das Verständnis für die tiefe Bindung der Juden an das Land Israel und damit Begründung für das Existenzrechts Israels. Alle Begegnungen und Gespräche werden als fortdauernder Lernprozess begriffen.

Die Neuansätze der Berliner Erklärung beziehen sich über eine Aktualisierung der theologischen Streitpunkte hinaus auch auf die Adressaten. Anders als in den Zehn Thesen von Seelisberg, die sich unter dem Eindruck der Shoah in der unmittelbaren Nachkriegszeit nur an Christen und christliche Gemeinschaften richteten, wendet sich die Neuverpflichtung auch an Juden und jüdische Gemeinschaften sowie an Muslime und alle Menschen guten Willens.

Die zwölf Berliner Thesen beschränken sich nicht nur auf theologische Fragen, sondern rufen angesichts der Herausforderungen für die gesamte Menschheit zur Zusammenarbeit aller aus ihrem Glauben lebenden Menschen auf. Sie bauen darauf, dass sich Menschen aus ihren Glaubensüberzeugungen heraus zum Einsatz für andere und zum Wohl des Ganzen aufgerufen fühlen. Diese Begründung für gesellschaftliches Engagement verdient besonders hervorgehoben zu werden, denn die soziaethischen Ableitungen müssen in Zukunft wieder einen größeren Stellenwert erhalten und in weite Bereiche der Gesellschaft ausstrahlen. Deswegen begrüßen wir die Ausweitung der Handlungsfelder in der neuen Erklärung.

Auf der Grundlage, dass jeder Mensch nach dem Bilde Gottes geschaffen ist, will der Aufruf den Dialog mit den politischen und wirtschaftlichen Institutionen stärken. Es geht vor allem um soziale Gerechtigkeit in einer globalen Gesellschaft, um die ökologische Verantwortung und Fragen umfassender Bildung durch interreligiöse und interkulturelle Erziehung. Die Autoren stellen sich den schwierigen Problemen, insbesondere dem israelisch-palästinensischen Konflikt, in dem nach ihren Vorstellungen interreligiöse Dialoge beitragen könnten, Zerrbilder zu beseitigen und wechselseitiges Verständnis zu fördern. Auch hier gilt wieder, gerade aus der Erfahrung des Holocausts wachsam zu bleiben und dafür zu sorgen, dass keine Gruppe bei der gemeinsamen Suche nach Lösungen ins Abseits gestellt wird.

Das Besondere ist, dass die zwölf Thesen sich nicht nur auf Erkenntnis und Vermittlung von Werten beschränken, sondern auch die Gottesfrage als bewusste Grundlage für Entscheidungen ausdrücklich einbeziehen und auf die spirituelle Kraft vertrauen. In einer Gesellschaft, in der eine neue Offenheit für religiöse Themen unübersehbar ist, gilt es die zu unterstützen, die sich immer wieder durch Gottes Kraft aufgerufen fühlen, neue Aufbrüche zu wagen und auf der Grundlage der ihnen heiligen Schriften beim Aufbau einer besseren Gesellschaft mitzuwirken. Auf der Basis dieser Rückbindung mögen die neuen Thesen Wege in die jüdische Kultur eröffnen, ein produktives Gedächtnis an die Shoah wach halten und sachlich konstruktive Zugänge zur Rezeption des palästinensisch-israelischen Konflikts erschließen.

Zur Vertiefung der Zwölf Berliner Thesen sind zusätzlich die Vorträge des letzten Vorbereitungstreffens für diese Erklärung vom Herbst 2008 in Fribourg sowie die Seelisberger Thesen von 1947 abgedruckt. Martin

Klöckeners Einführung in die Anfänge des ICCJ zeigt, welche erstaunlich aktuellen Schwerpunkte die ersten Teilnehmer setzten, aber auch mit welchen Vorbehalten sie zu kämpfen hatten.

Rabbi Marc Saperstein warnt vor zu viel metaphorischer Redeweise anstelle von rationaler Analyse. Dies sei besonders heikel, wenn die Metapher nicht die Realität treffe, an Emotionen appelliere und überziehe, um den rationalen Diskurs zu umgehen. Ungeachtet dieser Vorbehalte schlägt er für den interreligiösen Dialog das Bild eines Orchesters mit großen Gruppen von Instrumenten vor. Übertragen bedeute das, das jeweilige Selbstverständnis der anderen Religion in ihrer Eigenlogik zu begreifen, um so Gemeinsames und Unterschiedliches zu erkennen. Er fordert ehrlichen Umgang mit der eigenen Tradition im Alenu-Gebet, das darum bittet, dass jeder Mensch den einen wahren Gott anerkenne und damit Ähnlichkeit zum Universalismus der Karfreitagsbitte habe. Statt gegenseitiger Schuldzuweisungen solle man sich lieber den drängenden Menschheitsproblemen zuwenden.

Aus katholischer Sicht nennt Bischof Sklba drei Merkmale für einen fruchtbaren Dialog: Unterscheidung der Positionen ohne Ausschluss der disputierenden Partner, Verpflichtung zur Umsetzung der Ergebnisse des Dialogs und bewusste Anerkennung der Vorläufigkeit der Aussagen. Wesentlich für den Dialog seien eine Kultivierung des kollektiven Gedächtnisses, die Fähigkeit, sich gegenseitig mit den Augen des anderen zu sehen, und das Bemühen, nach der Wahrheit zu suchen. Dabei sei die Frage der Bundestheologie mit ihren Auswirkungen für Juden und Christen zentral.

ICCJ-Präsidentin Deborah Weissman vertritt hinsichtlich der Voraussetzungen für den interreligiösen Dialog eine ergebnisoffene Position, um einen Austausch zu ermöglichen, ohne die eigene Position aufzugeben. Die jüdische Tradition erlaube in ihren klassischen Texten eine Debattenkultur, die alternative Wahrheiten zulasse. Zwar gebe es Grenzen des Pluralismus, doch anzustreben sei nicht eine „Reproduktion der Uniformität“, sondern „eine Organisation der Vielfalt“, ein friedliches, lebendiges Nebeneinander von Verschiedenem. Doch dürften zentrale Punkte, für Juden etwa die Anerkennung des Existenzrechts des Staates Israel, nicht zur Disposition stehen.

Viele Anregungen des neuen Aufrufs lassen sich in dem Satz zusammenfassen: *„Wir wollen nichts vergessen, aber wir wollen gemeinsam eine bessere Zukunft bauen.“* Hier wird die Verbindung von Erinnern und Hinwendung zur Zukunft deutlich. Wir wollen nicht vergessen, dass es die jüdisch-christliche abendländische Kultur ist, die unseren Kontinent geprägt hat, und deren Kraft auch in Zukunft bestimmend für die Gestaltung unseres Gemeinwesens sein soll.

Berlin, im Juli 2009

Prof. Dr. Bernhard Vogel
Ministerpräsident a.D.
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.